



## Inhaltsverzeichnis

02.03.2026	LTO Legal Tribune Online: Atommüll darf über die Autobahn transportiert werden	3
02.03.2026	Welt.de: Mini-Atomkraftwerke? RWE-Chef Krebber ist skeptisch	5

OVG Berlin-Brandenburg

## Atommüll darf über die Autobahn transportiert werden

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland wollte Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus stoppen lassen. Das OVG Berlin-Brandenburg hat nun entschieden: Die Umweltschützer dürfen zwar mitreden, die Lkw aber trotzdem rollen.

Im Rechtsstreit um den Transport von rund 300.000 Brennelementen aus dem stillgelegten Forschungsreaktor Jülich hat das nächste Gericht entschieden. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg war am Montag der Auffassung, dass die geplanten Castor-Transporte per Lkw über die Autobahn in das Zwischenlager Ahaus stattfinden dürfen (Beschl. v. 02.03.2026, Az. OVG 7 S 2/26).

Damit scheidet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auch in der zweiten Instanz mit dem Versuch, die Verbringung des Atommülls zu blockieren. Zwar korrigierte das OVG die Vorinstanz in der Frage, ob der Verband überhaupt klagen darf, doch am Ende überwog das staatliche Interesse an geordneten Verhältnissen.

Hintergrund des Streits ist die geplante Verbringung von 288.161 bestrahlten Brennelementen in insgesamt 152 Castor-Behältern. Seit die Genehmigung für das Lager in Jülich im Jahr 2013 ausgelaufen ist, wird dort Atommüll aufbewahrt, der nicht mehr den aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht. Insbesondere die Widerstandsfähigkeit gegen Erdbeben oder Flugzeugabstürze genügt den nach Fukushima verschärften Standards nicht mehr.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erteilte

daher am 25. August 2025 die Transportgenehmigung für die rund 170 Kilometer lange Strecke nach Ahaus. Der BUND hielt dies für grob fahrlässig: Man befürchtete, dass die Behälter infolge maroder Brücken, unfallbedingter Brände oder gar gezielter Drohnenangriffe beschädigt werden könnten. Die Sicherheit gegen Störmaßnahmen Dritter sei nicht hinreichend geprüft worden.

### **OVG: BUND hat Klagebefugnis**

In der ersten Instanz hatte das Verwaltungsgericht (VG) Berlin den Naturschützern noch recht schroff abgewiesen: Das VG hielt den Eilantrag bereits für unzulässig. Das Argument: Ein Lkw-Transport sei keine ortsfeste "Anlage", weshalb das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) nicht anwendbar sei. Dieses Gesetz ist für Umweltverbände die "Eintrittskarte" zum Gericht, da sie dort auch ohne eigene Betroffenheit beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung klagen dürfen (sogenannte Verbandsklage).

Das OVG zeigte sich hier nun deutlich großzügiger. Die Richter stellten klar, dass das UmwRG weit auszulegen sei und auch einen Gefahrguttransport erfasse. Dass ihm das OVG eine Klagebefugnis zusprach, half dem BUND aber nur wenig, da das OVG die materiel-

len Bedenken gegen die Genehmigung nicht teilte.

### **Abwägung zulasten der Naturschützer**

In der Sache wies das OVG die Einwände zurück. Da die Richter die Erfolgsaussichten der Klage im Hauptsacheverfahren als "offen" bewerteten, kam es in diesem Eilverfahren nur zu einer summarischen Prüfung: Ist die Fortsetzung der rechtswidrigen Lagerung in Jülich riskanter als der Transport in ein genehmigtes Zwischenlager?

Die Antwort fiel zulasten der Umweltschützer aus. Das öffentliche Interesse an der Räumung des unzureichend gesicherten Lagers in Jülich wiege schwerer als die verbleibenden Restrisiken während der Fahrt über die Autobahn. Dass Teile der Behördenakten, in denen es um Sicherheitsbedenken geht, aus Sicherheitsgründen geschwärzt waren, störte die Richter des OVG dabei nicht. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass die Behörden etwa die Gefahr von Drohnenangriffen unterschätzt hätten. Die Genehmigung des Transports sei damit nicht "offensichtlich rechtswidrig".

Die Entscheidung ist unanfechtbar.

*xp/LTO-Redaktion*

Wörter: 486 Ausgabe: Einzelausgabe  
Autor/-in: LTO  
Ressort: Atommüll darf über die Auto-  
bahn transportiert werden  
Rubrik: Nachrichten  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN  
Weblink: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/ovg7s226-ovg-berlin-brandenburg-atommuell-castor-transport-jue-lich-ahaus>

# Mini-Atomkraftwerke? RWE-Chef Krebber ist skeptisch

RWE-Chef hält Investitionen in Mini-Reaktoren derzeit für «nicht darstellbar». Der Atomkraftwerksbetreiber Uniper hat dagegen keine Berührungsängste. Und die EU-Kommission arbeitet an einer Strategie.

Der Chef von Deutschlands größtem Stromerzeuger RWE, Markus Krebber, hält Investitionen in kleine Atomreaktoren (SMR) derzeit für wirtschaftlich nicht vertretbar. «Wir sind ein technologieoffenes Unternehmen und beobachten alle Technologien, auch SMRs. Ob und wann diese Technologie kommerziell ausgereift sein wird, kann heute noch niemand sagen», sagte er dem Newsletter Energie & Klima des Nachrichtenportals Politico. «Stand jetzt ist eine Investition für ein privatwirtschaftliches Unternehmen in SMRs nicht darstellbar.»

Nach derzeitigem Stand gebe es keinen einzigen Zulieferer weltweit, der eine Bauzeit zusagen und zu fest vereinbarten Kosten anbieten würde, erklärte der RWE-Chef. «So ein Investitionsrisiko sind wir als privates Unternehmen nicht bereit zu übernehmen.» Überzogene Hoffnungen wies Krebber zurück: «SMRs sind definitiv nicht die Lösung, die über Nacht alle Probleme löst.»

## SMR sind deutlich kleiner als herkömmliche Atomkraftwerke

SMR ist die Abkürzung für englisch «small modular reactor», zu deutsch: kleiner modularer Reaktor. Sie wird verwendet für Atomreaktoren, die eine deutlich geringere Leistung haben als herkömmliche Anlagen und deren Komponenten in einer Fabrik in Serie gefertigt werden. Die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA bezeichnet Reaktoren mit einer Leistung von maximal 300 Megawatt als SMRs. Übliche konventionelle Kernkraftwerke haben eine Leistung von über 1000 Megawatt.

Die Europäische Kommission will noch in diesem Jahr eine EU-weite Strategie für den Einsatz von SMRs veröffentlichen. Sie soll die SMR-Entwicklung in Europa in den nächsten zehn Jahren beschleunigen. Die Reaktoren sollen beim Erreichen der Klimaneutralität helfen.

## Bundesbehörde warnt vor neuen, hochradioaktiven Abfälle

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) sieht die Pläne kritisch. Bei SMR gebe es ei-

ne ganze Reihe an ungeklärten Sicherheitsfragen, hatte die Behörde im Dezember erklärt. «Viele SMR produzieren neuartige radioaktive Abfälle, für die es heute keine Entsorgungslösung gibt», erklärte Base-Präsident Christian Kühn seinerzeit.

Weniger zurückhaltend in Sachen SMR-Technologie als RWE ist der Energiekonzern Uniper. In Schweden ist er zusammen mit anderen Unternehmen und der technischen Universität Stockholm am Aufbau einer Einrichtung zur Erforschung der Technologie beteiligt. Sie befindet sich auf dem Gelände des Kernkraftwerks Oskarshamn, an dem Uniper die Mehrheit besitzt.

In der Politik hatte sich zuletzt die CSU-Landesgruppe im Bundestag für SMRs starkgemacht. Im Januar sprach sie sich dafür aus, Mini-Kernkraftwerke in Deutschland einzuführen - für eine «kostengünstige Energiegewinnung».

dpa-infocom GmbH

Wörter:	380	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	dpa-infocom GmbH	Visits (VpD) <sup>1</sup> :	3.809.372
Rubrik:	Nordrhein-Westfalen	Unique Users (UUpD) <sup>2</sup> :	622.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.welt.de/regionales/nrw/article69a57d162ecb6a0d6559da89/mini-atomkraftwerke-rwe-chef-krebber-ist-skeptisch.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 11-2025

<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+